

PRESSEMITTEILUNG

Stellungnahme der Stadt Regensburg zur Aussage der Bürgerinitiative „Es gibt Fördermittel, sie müssen nur beantragt werden.“

Die Stadt Regensburg hat die Öffentlichkeit stets über die Tatsache informiert, dass für die von der Bürgerinitiative (BI) geforderte Einhausung der Ostumgehung keine staatlichen Zuschüsse gewährt werden. Dass dies so ist, wurde mehrfach von den zuständigen staatlichen Stellen, der Obersten Baubehörde und der Regierung der Oberpfalz bestätigt.

Die Aussage des Sprechers der BI, es gäbe Fördermittel, man müsse sie nur beantragen, wurde von der Stadt sehr ernst genommen.

„Die Stadt kennt alle Fördermittel, die beansprucht werden könnten“, so Wirtschafts- und Finanzreferent Dieter Daminger. „Die von der BI angedeuteten Fördertöpfe sind nicht bekannt.“ Deshalb wandte er sich jetzt mit einem Schreiben direkt an die BI und forderte den Sprecher der BI auf, ihm mitzuteilen, wo und wie die Stadt diese vorgeschlagenen Fördergelder beantragen könne.

Da der intendierte Vorwurf der BI, die Stadt wolle oder könne die Förderung nicht richtig beantragen, nicht unwidersprochen im Raum stehen bleiben kann, erwartet Wirtschafts- und Finanzreferent Daminger, eine Antwort der BI bis zum Donnerstag, 21. Januar 2010, da eine Korrektur auch in der Öffentlichkeit vor

dem Abstimmungstermin nicht nur angezeigt, sondern geboten sei.

20. Januar 2010